

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pbbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 52

16. März 1988

Dr. Hermann Scheer MdB
zu Wörners Hinterlassen-
schaft als Verteidigungs-
minister: Unfrieden mit immer
mehr Waffen.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB zum
Sinn der zweiten Phase des
Entspannungsprozesses: Das
Danken „entblocken“.
(Teil II und Schluß)

Seite 3

Unfrieden schaffen mit immer mehr Waffen

Wörner hinterläßt der Bundesrepublik schwere Hypotheken

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Reise von Verteidigungsminister Wörner nach Washington war ein weiteres Glied in der Kette schwerer Hypotheken, die er der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen wird, bevor er am 1. Juni sein Amt als NATO-Generalsekretär antritt.

Seit er dieses Amt anstrebte und dann zum Jahresende 1987 dazu gewählt wurde, hat er in allen bündnisinternen Streitfragen die deutschen Interessen nicht mehr vertreten und in wesentlichen Punkten sogar politische Bemühungen der übrigen Bundesregierung und der Regierungsparteien konterkariert.

In der Doppelrolle als deutscher Verteidigungsminister und bevorstehender NATO-Generalsekretär hat er der Bundesregierung politische und finanzielle Lasten aufgebürdet, deren negative Folgewirkungen bereits jetzt unübersehbar sind:

- Während der deutschen Bemühungen, eine Modernisierung von Atomwaffen zumindest aufzuschieben, hat Wörner diese gutgeheißen und betrieben;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausseltes 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Für einen Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling Papier



- das Scheitern der deutschen Versuche, sofortige Verhandlungen über den Abbau der atomaren Kurzstreckenwaffen zu erreichen, geht wesentlich darauf zurück, daß Wörner diesen Versuchen im Gleichklang mit der amerikanischen und britischen Regierung öffentlich widersprach. Gleichzeitig betreibt er die Einführung von Raketenabwehrsystemen;
- er hat wesentlichen Anteil daran, daß die NATO bisher keinen konstruktiven Beitrag zu einer beiderseitigen Reduzierung konventioneller Rüstungen geleistet hat, sondern lediglich von der Sowjetunion Reduzierungen auf das zahlenmäßige Niveau der NATO erwartet;
- noch vor seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt ist er dabei, unter Umgehung des Parlaments vollendete Tatsachen für die Entwicklung eines neuen Jagdflugzeuges zu schaffen und blockiert alle Versuche zu einer kostengünstigeren Alternative. Damit beschert er uns eine erneute zusätzliche Rüstungskostenlawine von mehr als zehn Milliarden DM;
- in Washington hat er jetzt Verständnis gezeigt für die amerikanischen Forderungen nach einem höheren deutschen Verteidigungsbeitrag.

Die zweifellos erheblichen amerikanischen Rüstungslasten ließen sich jedoch am einfachsten mindern, indem auf Modernisierungen der atomaren Kurzstreckenwaffen verzichtet wird, Verhandlungen über den beiderseitigen Abbau atomarer Kurzstreckenwaffen eröffnet und ein NATO-Konzept zu einer spürbaren beiderseitigen Reduzierung konventioneller Rüstung auf den Weg gebracht wird. Da Wörner genau dieses nicht tut, provoziert er selber die steigenden Rüstungskosten. Seine Politik bedeutet Unfrieden mit immer mehr Waffen.

(-/16.3.1988/rs/ks)

* * *

Das Denken „entblocken“ (Teil II und Schluß)-----
Zum Sinn der zweiten Phase des EntspannungsprozessesVon Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

V.

Das friedliche Nebeneinander der Sozialistischen Staatengemeinschaft mit Staaten anderer Gesellschaftsordnungen war bisher im Rahmen der marxistisch-leninistischen Theorie immer noch eine historisch begrenzte Etappe auf dem Weg zum Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab. Die Theorie der friedlichen Koexistenz beschrieb eine spezifische Form des Klassenkampfes. Dieses Verständnis der Theorie der friedlichen Koexistenz wird meiner Auffassung nach in dem Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ revidiert. Demnach sollen Koexistenz und gemeinsame Sicherheit ohne zeitliche Begrenzung gelten. Dies ist die logische Schlußfolgerung daraus, daß beide Seiten die Existenzberechtigung der jeweils anderen Seite anerkennen.

Heute bekennen sich die SED wie auch die KPdSU zu dem Ziel der militärischen Stabilität zwischen Ost und West. Sie zielen in allen theoretischen Aussagen zur Friedenspolitik nicht mehr auf eine schrittweise Veränderung zugunsten der eigenen Seite, sondern auf eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit beider Seiten. Dieses Ziel durch das Bemühen zu einem fairen Interessenausgleich zwischen dem legitimen Sicherheitsbedürfnis beider Seiten zu erreichen, ist Ausdruck neuen Denkens. Die Auffassung, die westlichen Staaten entgegen ihrem angeblich aggressiven Wesen erst durch die Politik der sozialistischen Staaten friedensfähig machen zu müssen, ist Ausdruck des alten Denkens.

VI.

Die europäische Nachkriegsordnung wurde im wesentlichen im Widerspruch zu den Zielen und Wünschen der SPD geprägt.

Als politische Minderheit in einem besetzten und geteilten Land waren die Möglichkeiten der SPD, die Deutschland-, Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik in und für Deutschland zu beeinflussen, sehr begrenzt. Die außenpolitischen Konstellationen nach dem Zweiten Weltkrieg prägten auch die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands, aber auch in anderen Staaten im Osten und Westen des geteilten Europas.

Die SPD bejahte nach dem Zweiten Weltkrieg die politischen und kulturellen Bindungen zu den pluralistischen Demokratien des Westens. Aber die militärische West-Integration der Bundesrepublik Deutschland, der sich die SPD im Interesse ihrer nationalen Wiedervereinigungskonzeption mit dem Argument der fehlenden deutschen Gleichberechtigung innerhalb des Westens widersetzt hatte, konnte sie aufgrund ihrer parlamentarischen Schwäche nicht verhindern. Heute bejaht die SPD die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO. Die SPD ist davon überzeugt, daß transatlantische Beziehungen und der westeuropäische Einigungsprozeß im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft nicht im Widerspruch zu einer wachsenden gesamteuropäischen Zusammenarbeit und auch nicht im Widerspruch zu Bemühungen um eine wachsende Entmilitarisierung und Entfärbung in den Ost-West-Beziehungen stehen.

VII.

Reformpolitik ist der Versuch prinzipielle Zielsetzungen in einzelnen Schritten zu erreichen. Man kann mit Einzelschritten nicht gleichzeitig alle Probleme lösen. Aber weil man nicht alle Probleme gleichzeitig lösen kann, heißt das nicht, daß heute erreichbare Teillösungen unwichtig oder gar falsch sind. Unsere abrüstungspolitischen Gespräche mit den regierenden kommunistischen Parteien aus den Staaten des Warschauer Vertrages dienen dem Frieden. Aber sie konnten und können die Freiheitsfrage nicht im Sinne des sozialdemokratischen Verständnisses von Freiheit lösen. Dies heißt nicht, daß wir in unserer Entspannungspolitik die Freiheitsfrage ausblenden. Mit unserer Entspannungspolitik wollen wir auch die Voraussetzungen für die Entfaltung von Freiheitsrechten verbessern. Aber Fortschritte in der Abrüstung und der Verringerung von Kriegsgefahren bleiben ein eigenständiger Wert.

Es kann nicht darum gehen, das Ziel Freiheit gegen das Ziel des Friedens auszuspielen, sondern es sollte unser Bestreben sein, eine friedensfördernde und freiheitsfördernde Politik konzeptionell miteinander zu verbinden, ohne durch formale Verkoppelungen und Vorbedingungen heute mögliche Fortschritte zu blockieren.

In Abrüstungspolitischen Fragen haben sich Ost und West mit dem INF-Vertrag zu verständigen vermoht. Zwischen dem unterschiedlichen Verständnis in bezug auf Freiheits- und Menschenrechte kann es keinen Kompromiß im Prinzipiellen, wohl aber Fortschritte in der Verständigung über praktische einzelne Schritte geben. Nie aber können und wollen wir unser Verständnis von Freiheit und Menschenrechten unseren östlichen Nachbarn aufzwingen. Es ist bereits ein wichtiger konstruktiver Schritt, daß sich eine Bereitschaft zum systemübergreifenden Dialog sowohl über praktische Fortschritte im Einzelnen wie über die andauernden Unterschiede im Prinzipiellen zu entwickeln beginnt. Diese noch immer unzulänglichen Ansätze sollten in einer zweiten Phase der Entspannungspolitik ausgebaut werden.

Frieden und Freiheit sind in der Wertorientierung beide gleichrangig. In bestimmten Situationen steht sogar das Freiheitsstreben vorrangig vor Friedensfragen. Sonst wäre die Haltung der Linken beim Kampf gegen Somoza in Nicaragua und beim Kampf gegen den Kolonialismus in Afrika gar nicht zu verstehen. In Europa aber ist seit dem Zweiten Weltkrieg durch die Entwicklung von Atomwaffen eine prinzipiell neue Lage entstanden. Im Ost-West-Konflikt ist die Verhinderung des Krieges zur Vorbedingung für die Entfaltung von Freiheitsrechten geworden. Im Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu fördern, bleibt als Aufgabe.

Die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa und die Überwindung der Spaltung Europas im Sinne einer europäischen Friedensordnung muß und wird mit Reformen der Gesellschaftsordnungen in Ost und West verbunden sein. Dieser Zusammenhang kommt auch in der KSZE-Schlußakte zum Ausdruck. Diese Einsicht ist auch in der Politik der sowjetischen Führung unter Gorbatschow erkennbar. Sie verbindet ein neues Denken in der Innenpolitik mit Neuansetzten in der Außenpolitik. Klar aber bleibt: die Staaten Osteuropas werden selber Ziel und Weg ihrer gesellschaftlichen Reformen bestimmen müssen. Wir können nicht und wir wollen auch nicht als Politiker im Westen einen westlichen Druck auf Systemwandel an die Stelle eines selbstbestimmten Reformprozesses innerhalb der Staaten Osteuropas setzen. Die beiden Systeme müssen wechselseitig ihre Existenzberechtigung anerkennen ohne dabei im Sinne des SPD-SED-Papiers über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ auf einen konstruktiven Wettbewerb und eine Kultur des Streites zu verzichten.

Jeder wird in seiner Politik insbesondere von seinen persönlichen Erfahrungen geprägt. Eine große Gruppe in der jetzigen SPD-Führung wurde von den negativen Erfahrungen mit der Überideologisierung im Ost-West-Konflikt in den fünfziger Jahren geprägt. Vergessen sind auch nicht die illusionären Hoffnungen, die damals viele Konservative mit der Anhäufung militärischer Macht auf der westlichen Seite verbanden, so als könne westliche militärische Macht die Freiheitsrechte in Osteuropa einlösen helfen. Die Politik der militärischen Stärke war damals die offizielle Doktrin des Westens. Sie war ein Ausdruck einer konzeptionellen politischer Schwäche. Sie ist in bezug auf ihre deklarierten freiheitlichen Zielsetzungen für Osteuropa gescheitert. Diese Politik förderte aber auch nicht den Frieden für Gesamteuropa.

Nie hat der Westen im Interesse der Freiheit Krieg zwischen Ost und West wirklich riskieren wollen oder riskieren dürfen. Und diejenigen, die zum Beispiel 1956 in Ungarn etwas anderes geglaubt haben, sind bitter enttäuscht worden.

Das Ziel des Status quo und das Ziel der Stabilität sind nicht identisch. Ich bin für einen Status quo der Grenzen in Europa. Der Status quo der Grenzen ist die Vorbedingung dafür, daß der Status quo der Konfrontation und der gesellschaftlichen Stagnation überwunden wird. Aber ich bin gegen einen Status quo in der gesellschaftlichen Entwicklung. Ich kann doch nicht als Sozialdemokrat in Westeuropa die Gesellschaft verändern wollen und für Osteuropa meinen, daß es dort für immer so bleiben soll, wie es heute ist.

Veränderungen in den Gesellschaften in Ost und West sind keine Frage der Destabilisierung und der Infiltration von außen. Konzepte der Destabilisierung lehnen wir ab. Reformen sind ein Ergebnis der inneren Dynamik und Widersprüche unserer Gesellschaften. Sie können die Stabilität fördern. Genausowenig wie mein Veränderungsstreben für Westeuropa ein Ergebnis sowjetischer Manipulation ist, genauso wenig ist natürlich das Freiheitsstreben in Osteuropa ein Ergebnis der Infiltration aus dem Westen.

Nur durch Reformwillen und durch Reformfähigkeit können Veränderungen des gesellschaftlichen Status quo mit dem Prinzip der Stabilität verbunden werden. Ich habe kontroverse Diskussionen über die Möglichkeiten und Grenzen einer Reformpolitik in Westeuropa mit vielen meiner Freunde in der Studentenbewegung geführt, weil manche meinten, daß mein Bekenntnis zur Reform ein Verrat am Ziel der gesellschaftspolitischen Veränderungen sei. In Westeuropa gibt es nur einen Weg zur Veränderung der Gesellschaft, den der Reform. Die Bedingungen für Reformpolitik in Westeuropa sind schwierig genug, in Osteuropa sind sie noch schwieriger. Trotzdem halte ich an der These fest, daß in Osteuropa keine Chancen bestehen, auf dem Wege abrupter Änderungen durch Basisbewegungen gesellschaftliche Prozesse zum Positiven bewirken zu können. Aus diesem Grunde geht es darum, die aufgrund der neuen sowjetischen Politik gestiegenen Chancen für eine graduelle Veränderung optimal zu nutzen.

Für jeden, der schnelle Veränderungen will und der sie für erforderlich hält, bedeutet diese Reformstrategie auch ein Element der Selbstdisziplinierung. Daß man denjenigen, die in Osteuropa schon lange auf eine Verwirklichung ihrer politischen Ziele warten, gleichzeitig aus Westeuropa zur Selbstdisziplin im Rahmen eines mühseligen und von Rückschlägen nicht freien Prozesses rät, kann als zynisch empfunden werden. Aber ein gegenteiliger Ratschlag wäre verantwortungslos.

Durch die Entspannungspolitik konnten Sozialdemokraten Vorbedingungen für Reformen in Osteuropa, aber auch in Westeuropa verbessern. Dies ist ein großer Erfolg der Entspannungspolitik. Aber es gibt weiterhin weder in West noch in Ost eine Garantie für einen erfolgreichen gesellschaftspolitischen Reformprozeß.

VIII.

Das stalinistische System hatte in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten Osteuropas ein politisches System hervorgebracht, in dem von einem einzigen Machtzentrum aus alle relevanten Entscheidungen über eine hierarchisch-autoritär strukturierte Gesellschaft getroffen wurden.

Dieses Strukturmerkmal des politischen Systems blieb in der Nach-Stalin-Ära weitgehend erhalten, denn die Form der Machtausübung wurde im Grunde genommen nicht verändert. Gesellschaftliche Interessen konnten sich nicht frei artikulieren. Die für eine hochindustrialisierte Gesellschaft unabdingbare Partizipation am Entscheidungsprozeß konnte sich nicht genügend entfalten. Bei der „führenden Rolle“ der kommunistischen Partei dominierte die administrative Funktion vor der Fähigkeit zur politischen Anleitung durch Überzeugung.

Die eklatanten Mängel dieses Systems wurden in der Sowjetunion und auch in anderen osteuropäischen Ländern erkannt. Bereits unter Chruschtschow wurde dort über die Notwendigkeit ökonomischer, sozialer und politischer Änderungen nachgedacht, aber diese Reformansätze, die im ökonomischen Bereich steckenblieben, scheiterten an den zu starken Widerständen.

Voraussetzungen für die von Gorbatschow initiierte „Demokratisierung von oben“ sind die Durchbrechung der Trennung zwischen Partei und Gesellschaft, die Gewährung von größeren politischen Rechten und Freiheiten für alle gesellschaftlichen Gruppierungen, die Stärkung der Selbstverwaltungsorgane und eine Demokratisierung und Entbürokratisierung ökonomischer Entscheidungen. Ein derartiges Programm kann zu einer Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte und einem spürbaren Wirtschaftsaufschwung führen. Es könnte in der Tat auf diesem Wege gelingen, die Reform „von oben“ mit dem Druck „von unten“ zu verbinden und damit einen neuen, breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen.

Eine Systemreform in Richtung auf eine pluralistische und parlamentarische Demokratie ist jedoch nach wie vor auch nicht das Ziel Gorbatschows. Er ist ein überzeugter Marxist-Leninist. Hier liegen die entscheidenden Unterschiede zu unserem sozialdemokratischen Sozialismus-Verständnis. Für uns stellen parlamentarische Demokratie, allgemeine und freie Wahlen, Mehr-Parteien-Systeme und die Unabdingbarkeit von Menschenrechten im weitesten Sinne die unverzichtbaren Grundlagen eines Demokratischen Sozialismus dar. Diese prinzipiellen Unterschiede werden gegenüber der SED auch im genannten Papier zum „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ bekräftigt.

Zum Schluß folgende zwei Überlegungen zu den heutigen Reformen Gorbatschows.

Erstens:

Das traditionelle System sowjetischen Typs hat aus sich heraus den heutigen Reformbedarf erzeugt, weil es ab einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte aufgrund seiner inneren Strukturen ökonomisch, politisch und gesellschaftsfähig unfähig zur Überwindung von Stagnation wurde. Dies konnte langfristig zu systembedrohenden Krisenerscheinungen führen. Die Stagnation des traditionellen Systems sowjetischen Typs ist also die innere Ursache dafür, sich auf Reformschritte einzulassen. Gorbatschow zeigt, in welche Richtung diese Schritte führen können, nämlich in die einer Demokratisierung des realen Sozialismus. Aber ist eine solche Orientierung selbstverständlich? Lassen systemare Überlegungen nicht ebenso den Schluß zu, daß Teile der Bürokratie immer wieder versucht sein werden, die Reformschritte autoritär und technokratisch zu gestalten und die auf demokratische Partizipation zielenden Kräfte auszuzugrenzen?

Mit einer Demokratisierung und Liberalisierung im Sinne der Gewährung individueller Bürgerrechte entsteht ein gesellschaftlicher Anspruch, der dem Herrschaftsprinzip vieler Anhänger und Nutznießer des bisherigen System zuwiderläuft. Ist aufgrund dieser Widerstände gerade auch in der Sowjetunion nicht mit Rückschlägen im Reformprozeß zu rechnen? Ist es nicht besser die Möglichkeit derartiger Rückschläge einzukalkulieren statt zwischen Euphorie und Enttäuschung zu schwanken?

Zweitens:

So sehr die Reformkräfte von oben in den Systemen sowjetischen Typs den Druck von unten benötigen, um Reformen auch gegen den Widerstand großer Teile der Bürokratie durchzusetzen, so sehr können demokratische Bewegungen, die der Kontrolle entgleiten könnten, zum Problem für Gorbatschows Reformen werden. Dies trifft auch auf andere osteuropäische Staaten zu.

Inwieweit Gorbatschow „alles unter Kontrolle“ hat, sei dahingestellt. Klar ist aber, daß Reformen in real-sozialistischen Gesellschaften riskante Perioden gesellschaftlichen Experimentierens sind, in denen versucht wird, eine Balance zwischen der für das System notwendigen Demokratisierung und der Sicherung eines stabilen Systems herzustellen und durch Kontrolle von oben aufrechtzuerhalten. Es ist auch deshalb immer damit zu rechnen, daß eine phasenweise Verschiebung von Demokratisierungsperioden und Phasen des Stillstandes und von Rückschlägen diesen Steuerungsversuch kennzeichnen werden.

Diese Einschätzung dürfte, wenn sie richtig ist, ebenfalls Auswirkungen auf die osteuropäischen Länder in ihren Reformbestrebungen haben.

Welche Lehren sind daraus für eine künftige sozialdemokratische Politik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion zu ziehen?

Eine sozialdemokratische Politik darf an ihrer prinzipiellen Solidarität mit denjenigen, die auf demokratisierende Reformen, also auf mehr Freiheit drängen, keinen Zweifel lassen. Sie darf sich von derartigen Vorgängen aber auch nicht abhalten lassen, friedens- und entspannungspolitische Initiativen im Dialog mit den Regierenden in Osteuropa fortzusetzen.

Die historische Erfahrung zeigt, wie sehr eine Politik der Demokratisierung auf den Widerstand konservativer Kräfte in Ost und West stößt. Unsere Analyse zeigt, wie stark der Widerstand in den real-sozialistischen Gesellschaften gegen Demokratisierungsprozesse ist. Es scheint, als gäbe es ein nicht offen eingestandenes Interesse vieler konservativer Kräfte im Westen an einem Scheitern der Reformkräfte in Osteuropa. Sogar eine große Ost-West-Koalition der konservativen Kräfte gegen Demokratisierung, die liebgewonnene Feindbilder auf beiden Seiten gefährdet, halte ich für nicht ausgeschlossen. Auch gegen eine solche Ost-West-Koalition der Stagnation und den Rückschritten muß sozialdemokratische Politik konsequent ankämpfen.

Eine Entspannungspolitik kann die Bereitschaft, tiefgreifende Demokratisierungsprozesse zuzulassen, erhöhen. Wer eine Entwicklung in Richtung auf Demokratisierung des realen Sozialismus stärken will, muß sich auch deshalb konsequent für Entspannung und Abrüstung einsetzen.

Schließlich: Die Sowjetunion hat in der Vergangenheit - und das gilt sicher auch noch für die Gegenwart - befürchtet, einzelne osteuropäische Staaten könnten aus dem Bündnis ausscheren oder herausgebrochen werden und damit den Status quo in Europa zu Lasten der Sowjetunion verändern. Derartige sowjetische Befürchtungen könnten sich verstärken, wenn westliche Regierungen reform-orientierten osteuropäischen Staaten gegenüber eine gezielte Unterstützungspolitik betreiben, die an Moskau vorbeigeht. Eine auf Kooperation und Entspannung gerichtete Politik der Bundesrepublik darf schon aus diesem Grunde die Sowjetunion nicht ausklammern. Eine konstruktive Entspannungspolitik muß ebenso zur Berücksichtigung legitimer sowjetischer Interessen bereit sein, wie sie auf die Berücksichtigung der legitimen Interessen der kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa gegenüber der Sowjetunion drängen muß.

(-/16.3.1988/rs/ks)